Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 31 **München / 4. Jahrgang** **3. August 1917**

Mit der Feuerzange.

Es nützt nichts. Man muß von Zeit zu Zeit seine sauberen Hände damit beschmutzen, daß man in die antisemitische Presse hineingreift, um zu zeigen, daß in ihr Dinge liegen, die nur in der Hand unsauberer Buben zu Kot wurden, während sie in Wirklichkeit aus lauterem Golde bestehen.

Also greifen wir mit der Feuerzange hinein und holen aus den Presseerzeugnissen der letzten Wochen den folgenden Artikel heraus, der am 20. Juli in der alldeutschen „Deutschen Zeitung“ erschien:

Krieg und Friede und internationales Judentum.

Wien, 17. Juli.

Vielleicht kann man auch in Berlin sitzen und zu denselben Schlußfolgerungen kommen, die ich zu ziehen gedenke; aber ich glaube doch nicht, daß sich das inernationale Judentum in Berlin ebensogut studieren läßt, wie hier in Wien. Die Zahl der Assimilierten oder sich ehrlich darum Bemühenden ist dort größer; der Nationalstaat übt dort einen stärkeren Druck aus, und so mancher Jude fürchtet doch die Abrechnung, die etwa nach dem Kriege kommen könnte. In Wien liegen die Dinge ganz anders. Österreich ist ein Nationalitätenstaat; teilweise haben die Juden Anschluß an ihre Wirtsvölker gesucht und gefunden. In den Sudetenländern hat sich ein Teil auf deutsche, ein andrer auf tschechische Seite geschlagen, und der scharfe nationale Kampf fordert auch da von ihnen ein klares Bekenntnis. In Wien weht der nationale Wind nicht so scharf. Ein Teil der Wiener Juden — er hat während des Krieges erheblichen Zuwachs erhalten — steht noch mit einem Fuß im galizischen Ghetto. In dem Völkergemisch der Donaumonarchie fühlt sich das Judentum auch dort, wo es aus Zweckmäßigkeitsgründen diesseits der Leitha die deutsche, jenseits die madjarische Umgangssprache angenommen hat, als völkische Besonderheit, im übrigen aber als Macht im Staate, man kann wohl sagen als Großmacht. Es beherrscht die Großbanken und durch sie das Wirtschaftsleben, fast die gesamte Wiener und einen guten Teil der Provinzpresse. Es braucht seine Bestrebungen nicht sonderlich zu verhüllen, seine Äußerungen nicht forgfältig abzuwägen, und dadurch wird die Beurteilung seiner Stellung zum Kriege und zum erstrebten Frieden wesentlich erleichtert.

Vor dem Kriege hat die österreichisch-ungarische Großfinanz, die man mit der jüdischen fast gleichsetzen kann, vor allem die Beziehungen mit Frankreich und England zu pflegen gesucht. Das deutsche Kapital suchte im eigenen Lande Beschäftigung, Frankreich war das gelobte Land des billigen Geldes. Und als die Franzosen Österreich gegenüber den Daumen auf dem Beutel hielten, solange dieses auf sein Bündnis mit dem Deutschen Reiche nicht verzichten wolle, war französisches Geld höchstens für tschechische Banken zu haben. Die Wiener Bankjuden klagten Stein und Bein, welche Opfer das deutsch-österreichische Bündnis von ihnen fordere; die ihnen gefügige Presse konnte sich in Umschmeichelung Englands und Frankreichs nicht genug tun und erwarb sich dadurch auch die Gunst jener altösterreichischen Kreise, die immer von der Angst geplagt waren, die Monarchie könnte in zu große Abhängigkeit vom Deutschen Reich geraten. Ich erinnere an das bekannte Interview der „Neuen Freien Presse“ mit dem englischen Botschafter Cartwright. Blätter, die ihren Leserkreis hauptsächlich im deutschen Bürgertum suchen, mußten natürlich vorsichtiger sein; aber seit Jahren leitet das „Neue Wiener Tagbatt“, die größte Inseratenplantage Wiens, Herr Wilhelm Singer, der bekannte Präsident der internationalen Pressekongresse. Viele Jahre hatte Singer als Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ in Paris verbracht und sich dort der französischen Freimaurerei enge angeschlossen. Der leitende Redakteur des auswärtig-offiziösen „Fremdenblattes“, Szeps, steht in verwandtschaftlichen Beziehungen zur Familie Clemenceau. Sein Vater war seinerzeit Chef-Redakteur des „Neuen Wiener Tagblatts“. Auch heute noch ist ein Artikel der „Nordd. Allg.“ vom 25. September 1886 sehr lesenswert, den Bismarck selbst diktiert hat, und in dem die Haltung der „Neuen Freien Presse“ und des „Neuen Wiener Tagblatts“ glänzend charakterisiert werden, worin auch auf die Beziehungen der Familien Szeps und Clemenceau hingewiesen wird. (Nachzulesen in den von Erich Marcks 1915 herausgegebenen „Erinnerungen an Bismarck“.)

Mit dem Ausbruch des Krieges mußte sich natürlich auch diese Presse in den Dienst der österreichischen Politik stellen. Die Beeinflussung durch den Ballplatz und die Heeresleitung überwog. Heute aber sucht sie zu beeinflussen, und hat dabei offenkundig Erfolg. Zu untersuchen inwieweit das internationale Judentum den Weltkrieg mitverschuldet hat, würde zu weit führen. Mit dem Zusammenbruch der Zarenherrschaft hat es sein Kriegsziel jedenfalls im Wesentlichen erreicht. Der Druck ist von den russischen Juden genommen, und das Gleiche dürfte auch für Rumänien gelten. Eine längere Dauer des Krieges bedroht die von der jüdischen Hochfinanz gemachten Kriegsgewinne, auf die die Staaten bei län-

gerer Dauer des Krieges notgedrungen zur Abbürdung der Kriegslasten zurückgreifen müßten. Außerdem wäre dem Judentum aber auch ein ausgesprochener und im Frieden zum Ausdruck kommender Sieg des Vierbunds nicht angenehm, weil ein solcher notwendig die monarchische Autorität in Deutschland und Österreich stärken müßte. Mancher brave deutsche Spießer, der heute gedankenlos das Geschrei nach mehr Demokratie mitmacht, wird sich dereinst über die plutokratischen Blüten wundern, die diese Demokratie treiben wird. Wir sehen das hier aus nächster Nähe.

Das Schlimmste ist, daß in Österreich wie in Ungarn die jüdische Presse, die ja fast die einzige Stimme ist, die im Auslande zur Geltung kommt, auch die hier herrschende Stimmung arg verfälscht. Daß das österreichische Deutschtum von manchen schweren Sorgen auch materieller Natur schwer bedrückt wird, braucht man kaum zu versichern; aber so gottverlassen einsichtslos sind seine führenden Kreise doch nicht, daß sie nicht einsehen sollten, was ihr Schicksal im Falle eines Verzichtfriedens und einer von der Entente diktierten Neuordnung der inneren Zustände der Monarchie ist. Das Gleiche gilt auch von den Madjaren in Ungarn. Und schließlich steht doch noch der Feind an den Grenzen, greift an und kämpft, und selbst bescheidener Verstand sieht ein, daß man ihn nicht durch Angebote zum Weichen bringt, die er nur als Bekenntnisse der Schwäche auslegt."

Daß wir uns mit diesem Unrat, mit dem das alldeutsche Blatt das Judentum zu bewerfen sucht, im einzelnen befassen, kann niemand von uns verlangen. Wozu auch? Die Seite, von der dieser Anwurf ausgeht, ist mit Gründen der Wahrheit und Logik nicht zu überzeugen, sondern ihr kommt es nur auf eines an: die tiefe Erbitterung über die unseligen Folgen alldeutscher Kriegshetzerei, die in weiten Kreisen des Volkes Wurzel faßt, von sich abzulenken und dem erbitterten Volke einen Sündenbock zu geben.

Und zwar den alten Sündenbock: die Juden. Mit den Einzelheiten dieses Aufsatzes mögen sich die Blätter befassen, die den Antisemitismus noch immer mit Gegenargumenten und Nachweisen seiner Lügentaktik zu bekämpfen hoffen.

Sie mögen aufzeigen, inwiefern die Heranziehung ausländischen Geldes zu deutschen und österreichischen Unternehmungen den Frieden nicht nur nicht gestört, sondern befestigt hat.

Sie mögen die alldeutschen Herren anfragen, wann und wo „die Wiener Bankjuden" über das deutsch-österreichische Bündnis Stein und Bein klagten.

Sie mögen darauf hinweisen, daß die Verwandtschaft des „Fremdenblatt"-Redakteurs Szeps mit der Familie Clémenceau ebensowenig einen Beweis für den Hochverrat des deutschen Judentums bilden kann wie die Verwandtschaft vieler Familien des deutschen Hochadels mit englischen Adelsfamilien einen Beweis für den Hochverrat der deutsch-konservativen Kreise bildet.

Sie mögen es als durchaus nicht „zu weit führend" betrachten, zu untersuchen, wer stärkere Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trägt: das internationale Judentum, das vielfach deutscher Industrie und deutschem Handel im Auslande den Weg gebahnt hat, oder das alldeutsche Deutschtum, durch welches das Deutsche Reich zu völliger Isolierung getrieben wurde.

Sie mögen prüfen, ob nicht sowohl die jüdischen wie auch die christlichen Kriegsgewinner — einschließlich der Schwerindustrie — trotz drohender Kriegsgewinnbesteuerung auch künftig auf ihre Kosten kommen.

Sie mögen den alldeutschen Herren sagen, daß man zu einer Zeit, als der Krieg vielleicht noch abzuwenden gewesen wäre, leider Gottes im Auslande durchaus nicht nur die „jüdische Presse" gehört hat, sondern auch die Presse der Herren, die so bedrohlich mit dem Säbel rasselten.

Wir begnügen uns damit, aus dem Wust der Verleumdungen den Wunderstein heraufzuholen, der in alldeutscher Hand zu Unrat wurde, in der Hand des Reinen aber sich zu lauterem Golde verwandelt. Wir meinen den in dem Artikel enthaltenen Hinweis auf den Eindruck, den das zusammenbrechende Zarenreich auf das Judentum gemacht hat. Daß die Zertrümmerung der Zarenherrschaft und damit die Befreiung der russischen und wohl auch der rumänischen Juden ein „Kriegsziel" der internationalen Judenheit gewesen ist, ein wohldurchdachter Plan, um dessentwillen der Krieg entfacht wurde, ist natürlich eine so dumme und gemeine Lüge, daß man sich durch den Versuch ihrer Widerlegung nur entwürdigen könnte.

Daß aber das gesamte Judentum aufgejubelt hat, als die erste Kunde von dem Sturze des Tyrannentums über die Welt brauste, das wollen wir den alldeutschen Herren gern zugestehen. Und nicht nur weil dadurch Millionen von versklavten Juden zu freien Menschen wurden, sondern weil ein ganzes Volk von unterdrückten Sklaven zur Entwicklung eines höheren Menschentums emporgehoben wurde.

Daß die Juden aller Länder in dem Augenblick dieser Befreiung den Blick nicht nur ängstlich auf die Generalstabskarte geheftet hielten, sondern in ihm einen Wendepunkt im Leben der Menschheit, einen Sieg des Menschentums fühlten — wir gestehen es gerne ein. Ja, wir sind sogar so kühn zu glauben, daß sich hierin das internationale Judentum sehr vorteilhaft von gewissen deutschen Patrioten unterschied. H. H. C.

Camille Huysmans über ein jüdisches Palästina.

Die „Globe" in New York bringt ein Interview ihres Stockholmer Korrespondenten mit dem Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus Camille Huysmans über die Judenfrage.

Camille Huysmans erklärte, daß er die Gründung eines Judenstaates in Palästina für wünschenswert und möglich erachte. Er glaube an die Möglichkeit, durch Vermittlung Deutschlands mit der Türkei zu einem Übereinkommen zu gelangen und sie zu veranlassen, Palästina selbst als ein unabhängiges jüdisches Gemeinwesen zu erklären, damit das ewig wandernde Volk im eigenen Lande endlich Ruhe finde.

Auf die Bemerkung des Korrespondenten, daß er daran zweifle, daß die Juden nach Palästina zurückverlangen, antwortete Huysmans: „Eine große Anzahl von Juden wünscht sicherlich in den Ländern zu bleiben, wo sie jetzt wohnen. Aber eine weit größere Anzahl wird Freudentränen vergießen, wenn die Kunde kommt, daß sie in ihre Heimat zurückkehren können."

Wegen Beiträgen für das Hilfswerk in Palästina s. 3. Umschlagseite. Weitere Spenden nimmt das Bankhaus J. L. Feuchtwanger München (Postscheckkonto 552) entgegen.

Die Methoden der Agudath Hoorthodoxim.

Die von den Herren Kohn und Carlebach ins Leben gerufene Organisation der Gesetzestreuen in Polen hat sich in der letzten Zeit ärgern müssen:

Zuerst sah sie sich von den Misrachisten verlassen, gesetzestreuen Juden, die trotz ihrer unbedingten Achtung für die Gebote der Thora diejenigen für Feinde des Judentums erklärten, die den nationalen Zusammenhang des jüdischen Volkes leugnen wollten.

Dann sandte die zionistische Organisation Fragebogen von Haus zu Haus, in denen jeder erwachsene Jude angefragt wurde, wie er sich zu einem Gemeinwesen in Palästina im zionistischen Sinne stelle, und schaudernd mußte die Aguda erleben, daß die Unterschriften mit Begeisterung gegeben werden. Es kommen Leute zu den Bureaus, um zu unterschreiben, weil sie fürchten, vergessen zu werden. Sebst Assimilanten — von Chassidim ganz zu schweigen — unterschreiben viel, weil sie die Lösung des Problems der jüdischen Masse nur auf dem Wege der zionistischen Palästina-Politik sehen.

Es mußte also von Seiten der Aguda etwas „unternommen" werden, und es wurde etwas unternommen: In einer am 24. Juli stattgehabten Beratung des rabbinischen Rates bei der Agudath Hoorthodoxim sind Beschlüsse zur Palästinafrage gefaßt worden, die durch das „Jüdische Wort" verbreitet werden.

Der erste Beschluß verbietet den Eintritt in die zionistische und auch in die misrachistische Organisation, da diese sich in den Kreis der zionistischen Organisation eingefügt hat.

Die zweite Resolution wendet sich gegen die Unterschriften-Sammlung der Zionisten und behauptet, daß die Leute nicht wissen, was sie unterschreiben. Die Unterschriften seien zusammengeholt worden durch verschiedene Vorspiegelungen und würden der Palästinasache Schaden bringen. Das Plebiszit sei gegen die Anschauungen des Rates.

Dieses „Unternehmen" hat, wenn man die gegenwärtige Lage des Zionismus in Polen betrachtet, einen humoristischen Anstrich.

Besonders humoristisch ist das Verbot, in die zionistischen Organisationen einzutreten, nachdem eine große Anzahl von Rabbinern aller Anschauungen erst letztens in die stark anwachsende misrachistische Vereinigung eintraten, die ihrerseits in einer Landeskonferenz unter Vorsitz des Kombiner Rabbiners ihre Zugehörigkeit zur zionistischen Organisation ganz unzweideutig betont hat, um den Quertreibereien von außen her die Spitze abzubrechen. Mehr als 20 polnische Rabbiner sind Mitglieder der zionistischen Organisation geworden.

Einer der ganz unbestritten allerersten Rabbiner Polens, der Wloclaweker, Vorstandsmitglied des Misrachi, ist gegenwärtig in Warschau, um drei Vorträge für den Zionismus zu halten, zwei in Privatsälen, einen in der Synagoge.

Mehrere Rabbiner haben ihren Namen unter die Unterschriftsliste gesetzt.

In Anbetracht der Sachlage, besonders der Tatsache, daß die Agudath Hoorthodoxim ja keineswegs alle Orthodoxen umfaßt, daß ihr die bildungsfreundlichen Elemente, wie z. B. die Rabbis von Wloclawek, Kutno, Gombin, Lomza — von der polnisch-jüdischen Intelligenz ganz zu schweigen — fernstehen, wird dieser „Beschluß" vielleicht doch nicht die niederschmetternde Wirkung haben, welche die Herren Kohn und Carlebach erwarten, sondern eher als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden.

Frage an das Generalkommando.

„Das „Bayerische Vaterland" bringt in seiner Ausgabe vom 28. Juli den folgenden Satz:

„Und nicht nur, daß diese Fremdlinge, bei denen das Geld keine Rolle spielt, also in der Hauptsache Kriegsverdiener und aufgedonnerte Judenweiber, das Land aussaugen und die Einheimischen dem Darben aussetzen, sie korrumpieren das Landvolk, wecken in ihm den Geldteufel und den Wuchergeist, die beide über Gott und dessen Sittengesetze hinweggaloppieren."

Ist dem bayerischen Generalkommando dieser Satz vorgelegt worden? Und durfte er trotzdem erscheinen? Das wäre bedauerlich zu einer Zeit, in der a l l e Bevölkerungsgruppen den Schutz der Gesetze genießen — sollten.

Die Judenfrage im finnländischen Sejm.

Am 28. Juni d. J. fand im finnländischen Sejm die erste Besprechung des Gesetzentwurfes betreffs der Gleichberechtigung der in Finnland ansässigen Juden statt.

Mit einer längeren Rede tritt der Vorsitzende der schwedischen Partei Dr. L i l i e heraus. Er gab einen historischen Überblick über die Judenfrage in Finnland, schilderte die ungeheuren Leiden, die sie unter der russischen Regierung erlitten und die auch die Finnländer vor der ganzen Welt in Mißkredit gebracht haben, wenn auch Heines Worte „Jedes Land hat die Juden, die es verdient" auf Finnland keineswegs zutreffe: Die finnländischen Juden sind in Wirklichkeit viel besser als sie nach solchen unausgesetzten Verfolgungen hätten sein können. Dr. Lilie protestierte auch gegen den eingebrachten Antrag, gleichzeitig mit der Judenfrage die Schächtungsfrage zu behandeln und mit der Erteilung der

Gleichberechtigung zugleich auch das Schächten zu verbieten. Er vertrat die Ansicht, daß die Schächtungsfrage zuerst von berufenen Fachleuten behandelt werden müsse, um vor der Regerung hierin Beschlüsse fassen zu können.

Die Sozialistin Karhinen schilderte in grauenvollen Bildern die traurige Lage der finnländischen Juden, drückte die Meinung aus, daß die Juden in Finnland noch mehr gelitten haben als in anderen Ländern und forderte ebenfalls ihre Gleichberechtigung.

Herr Isaksohn (schwed. Partei) forderte die Aufhebung des Gesetzes, wonach Nichtchristen in Finnland vor dem Gericht als Zeugen nicht zugelassen werden.

Frau Irie-Kasninen (alt-finnische Partei) meinte, daß das finnische Volk keine fremden Juden aufnehmen dürfe und führte als Beispiel einige Ortschaften in Rußland und Polen an, deren Bevölkerung von den Juden gelitten haben sollen. Sie forderte jedoch Gleichberechtigung für die in Finnland ansässigen Juden.

Dieser Rednerin entgegnete die Sozialistin Ferstinen, die Beweise anführte, daß man in der letzten Zeit die Haut des finnischen Volkes ohne Mitwirkung der Juden geschunden habe.

Herr Lauto (Agrarpartei) befürwortete die Einwanderung ausländischer Juden nach Finnland, zum Zwecke der Beschäftigung mit Bodenkultur und Viehzucht. Geschäftsleute hätte man schon genug im Lande.

Eine lebhafte Debatte erregte die Frage der Eheschließungen zwischen den Juden selbst und zwischen Juden und Nichtjuden. Nach dem Vorschlag der Kommission dürfen solche Heiraten nur auf Grund des Zivilrechtes erfolgen; da jedoch das Gesetz über Zivilehen in Finnland obligatorisch noch nicht durchgeführt ist, könnten die Juden, die finnländische Mitbürger würden, sich gesetzlich nicht verehelichen. Es wurde daher von vielen Abgeordneten die Forderung gestellt, daß die jüdische Form der Eheschließung noch die alte bleiben soll.

Zuletzt wurde festgestellt, daß sämtliche Parteien für die Gleichberechtigung der in Finnland ansässigen Juden eintraten, aber die meisten Parteien sich gegen die Gleichberechtigung der (besonders aus Rußland) eingewanderten Juden aussprachen.

Der Gesetzentwurf wegen der Gleichberechtigung der in Finnland ansässigen Juden wurde vom Sejm daraufhin angenommen.

Die 7. russische Zionisten-Konferenz.

Die russischen Zionisten hielten Ende Mai ihre 7. Konferenz. Die Eröffnungsrede hielt Dr. E. W. Tschlenow, der in warmen Worten die russische Freiheit, die provisorische Regierung, den Arbeiter- und Soldaten-Rat und die Befreiung der Juden begrüßte.

Herr Ussischkin berichtete über den Jischub in Palästina.

Den Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees erstattete M. S. Aleinikow. Seine Mitteilungen entrollten ein interessantes Bild von der Entwicklung der zionistischen Landesorganisation im Rahmen der Umwälzungen im russischen Reiche. Ergänzend berichtete J. Grünbaum, die Zionisten hätten als die ersten die Forderung aufgestellt, die jüdische Rechtlosigkeit abzuschaffen, noch bevor die Konstituante einberufen wurde. Dem zionistischen Zentralkomitee sagte er, es werde den Kampf um die nationalen Rechte in Rußland und in Palästina zu führen haben.

Bei der darauffolgenden Debatte wurde der Frage des Anschlusses der Zionisten an andere nationale Parteien ein breiter Raum bewilligt.

Das Referat über das Programm der nationalpolitischen Forderungen in Rußland hielt J. Grünbaum. Was wir heute zu verlangen haben, sagte er, ist, daß die jüdische Nation und nicht ein bestimmtes territorial begrenztes Gebiet Träger der jüdischen Rechte werde. Der Kern unserer Selbstverwaltungs-Organisation müsse die Gemeinde sein. Gegenwärtig könne die Gemeinde nicht eine ausschließlich weltliche sein, denn das nationale Leben im Judentum sei vielfach mit dem religiösen verknüpft. Dies sei kein Zufall, sondern ein Produkt unserer eigenartigen Existenz im Galuth. Die vollständige Säkularisation des Judentums werde erst in Palästina erfolgen können. Wir müßten aber eine alljüdische Gemeinde haben, die alle Juden und nicht nur die religiösen unter uns umfaßt. Einerseits könne nicht das Volk auf diejenigen seiner Söhne verzichten, die der Religion fern stehen, andererseits können wir es aber nicht zulassen, daß der Religion entfremdete Personen die Angelegenheit der Religion regeln. Die Gemeinde, die allein das Recht der Zwangsbesteuerung besitzt, müsse daher alle Juden umfassen. Innerhalb der Gemeinde müsse aber eine aus den Synagogenbesuchern bestehende religiöse Organisation entstehen, die über die religiösen Angelegenheiten zu walten hat und die ihr Budget von den Einnahmen der Gemeinde ihrer Zahl gemäß erhält. Diese Gemeinden hätten sich zu einem Verband unter der Leitung des Reichswaad und der Landeswaadim (der Terminologie der alten polnischen Autonomie entnommen), zusammenzuschließen. Dieser Waad ist wohl kein Landtag. Einen besonderen territorialen Landtag (Sejm) kann ein Volk nur dann bekommen, wenn es die Mehrheit in einem bestimmten Territorium bildet. Zionisten dürfen die Tatsache der jüdischen Zerstreuung nicht vergessen. Der Waad beruhe auf den Staatsgesetzen und besitze das gesetzgebende Recht nur bezüglich der Steuervorschreibung.

Ferner müsse das proportionelle Wahlsystem und die Anerkennung des Jidischen als offizielle Umgangssprache gefordert werden.

Alle Gesetze, die die nationalen Rechte der Juden festlegen, müssen unter die von der Konstituante zu beschließenden Reichsgrundgesetze fallen, so daß keine territoriale Autonomie sie schmälern könne.

Danach sprach J. D. Bruzkus über die zionistische Taktik. Die Zionisten nehmen weder die zu weit gehende Forderung der Sejmisten nach einem jüdischen Landtag noch die zu geringe Forderung des Bundes nach Erfüllung der jüdischen Kulturansprüche an. Für das Zusammenarbeiten der Zionisten mit andern russischen Parteien empfahl er hauptsächlich Anlehnung an die volkssozialistischen Parteien, ohne sich aber mit irgend einer Partei zu identifizieren. Die Zionisten müßten eine eigne politische Partei im Reiche bilden.

Auch hieran schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion. Mit einer überwiegenden Mehrheit von

Stimmen wurde endlich beschlossen, daß die zionistische Organisation als selbständige Partei mit anderen rußländischen politischen Parteien Übereinkommen schließen kann, daß der Anschluß eines Zionisten an eine nichtjüdische Partei nur mit Genehmigung der zionistischen Ortsgruppe erfolgen darf, und daß den Zionisten der Eintritt in eine andere jüdisch-politiche Partei verboten ist. Gleichzeitig werde aber die zionistische Partei bemüht sein, einen jüdisch-nationalen Block unter Teilnahme aller nationalen Parteien zu bilden.

Die von Grünbaum erhobene Forderung nach Ausscheidung der konfessionellen Angelegenheiten aus der Kompetenz der Gemeinde wurde abgelehnt.

Im Namen von 40 Delegierten las später Grünbaum auf der Konferenz eine Erklärung vor, daß der Beschluß der Konferenz eine Gefahr für das innere Wesen des Zionismus bilde und daß die Unterzeichner der Erklärung es daher für unmöglich halten, sich an der Bildung der Exekutive zu beteiligen. Ähnliche Erklärungen gab auch ein Teil der Zeirē-Zion und eine Gruppe von 45 zionistischen Delegierten ab, die sich von der ersten Erklärung dadurch unterschieden, daß sie auf die Teilnahme an der Exekutive der Partei nicht verzichteten.

Am 29. Mai sprach L. Jaffe über das Schulwesen. Den Hauptpunkt der anschließenden Diskussion bildete die Sprachenfrage. Nach langen Auseinandersetzungen wurde die Resolution der Kommission, die die Bevorzugung der jüdischen Sprache vor der fremden fordert, mit 222 gegen 123 Stimmen angenommen.

Das Referendum über Palästina hielt A. M. Goldstein. Das Volk selbst muß befragt werden, ob es die palästinensische Lösung seiner Frage wünscht. Was wir verlangen werden, ist nicht ein autonomes jüdisches Palästina, was wir gegenwärtig nicht verlangen können, sondern die Schaffung von solchen Bedingungen, unter welchen wir in der nächsten Zukunft keine äußeren Hemmungen bei der Schaffung eines national-jüdischen Zentrums in Palästina und der Besiedlung des zu Dreiviertel öden Landes zu überwinden haben werden.

Jeder erwachsene Jude muß befragt werden, wie er sich zur Palästinafrage stellt. Dieser Antrag wurde mit Begeisterung einstimmig angenommen.

In das Zentralkomitee wurden gewählt die Herren M. S. Alejnikow, J. D. Bruzkus, A. G. Drujanow, S. K. Gepstein, B. A. Goldberg, A. M. Goldstein, S. J. Janowski, A. D. Idelsohn, A. I. Idelsohn, L. M. Kaplan, I. R. Klebanow, L. J. Mozkin und J. A. Rosow, zum Redakteur der Parteizeitschrift „Jewreskaja Shisn" A. D. Idelsohn, und des „Haam" M. Ch. Glücksohn.

In die Kulturkommission wurden gewählt Glücksohn, Grünberg, Slatopolsky, Kleinmann, Levontin, Nejditsch, Persitz, Podlischewski und Usielew. Zum Vorsitzenden des Bureaus des Jüdischen Nationalfonds für Rußland wurde L. M. Tschernikower gewählt.

Um 6 Uhr morgens erklärte Dr. J. W. Tschlenow die siebente Konferenz der russischen Zionisten für geschlossen.

Die Berufe der Juden in München.[1])

Von Dr. Paula Weiner-Odenheimer, Regensburg.

Die Berufe der Münchener Juden mit Berücksichtigung der Gebürtigkeit.

I. Allgemeines.

Im ersten Artikel (11. Jahrgang S. 85—86) haben wir die Berufe der Münchener Juden im Ganzen betrachtet, d. h. ohne einen Unterschied unter ihnen nach der Gebürtigkeit zu machen. Wenn man nun aber einen klaren Einblick ins Berufsgefüge bekommen will, so läßt sich ganz besonders bei den Juden eine Kombination von Beruf und Herkunft nicht umgehen. Denn die jüdische Bevölkerung in Deutschland ist nicht einheitlich, sondern sie unterscheidet sich, je nach ihrer Herkunft, sehr wesentlich. Besteht schon ein sozialer Unterschied zwischen dem in der Großstadt geborenen und dem vom Lande (Kleinstädte) zugezogenen Juden, so ist das Milieu des deutschen und des ausländischen Juden ganz verschieden. Ja die Frage nach dem Unterschiede zwischen den in einem Berufe tätigen Inländern und Ausländern wird gewissermaßen von selbst zu einem Bestandteil der Konfessionsstatistik, indem die Ausländerfrage in Deutschland bekanntlich zum großen Teil eine Judenfrage ist.[2])

Daher legte der Verein für die Statistik der Juden in München mit Recht auf die Kombination zwischen Beruf und Gebürtigkeit das größte Gewicht.

Segall[3]) hat festgestellt, daß die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in München in den letzten Jahrzehnten, namentlich seit 1880, nicht biologische Gründe (Geburtenüberschuß), sondern demologische Gründe hat, insbesondere Wanderungen, und zwar war es in der ersten Hälfte des in Frage kommenden Zeitraumes (1880—1895) hauptsächlich die Wanderung vom Lande in die Stadt (von den bayerischen Provinzen und aus dem deutschen Osten), welche eine Bevölkerungszunahme zur Folge gehabt hat, in der zweiten Hälfte (1895 bis zur letzten Volkszählung 1910) hauptsächlich die

[1]) Vergl. „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden", Heft 4/5/6.

[2]) Unter den im Jahre 1900 gezählten 779 000 Ausländern waren 41 113 Juden, also 5% gegen 1% bei der Bevölkerung überhaupt. (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1905, 1. Ergänzungsheft.)

[3]) Segall, Jacob, Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in München 1875—1905. Ein Beitrag zur Kommunalstatistik, herausgegeben vom Verein für die Statistik der Juden in München (Veröffentlichungen des Bureaus für Statistik der Juden, Heft 7), 1910.

Zuwanderung vom Ausland. Um so interessanter ist es, die Art der Erwerbstätigkeit und die berufliche Stellung dieser verschiedenen Bevölkerungsschichten kennen zu lernen.

Wenn wir der Kombination zwischen Gebürtigkeit und Beruf nachgehen, so sind wir uns übrigens darüber klar, daß die Kenntnis der Gebürtigkeit noch keinen unbedingten Aufschluß gibt über das Milieu, in dem der Einzelne gelebt hat, in welchem er die inneren und äußeren Vorbedingungen für seine Berufswahl empfangen hat; doch ist die Feststellung der Gebürtigkeit das einzige Hilfsmittel, das die Beziehungen zwischen Berufswahl und Milieu einigermaßen ersichtlich macht.

II. Die Gebürtigkeit der erwerbstätigen Juden in München.

Die erwerbstätige jüdische Bevölkerung in München zerfällt gemäß Berufszählung vom 12. Juni 1907 nach Gebürtigkeit und Beruf in folgende Bestandmassen:

Der Einfluß der Gebürtigkeit auf die Erwerbstätigkeit der Münchener Juden läßt sich aber erst klar ersehen, wenn wir den Prozentanteil der einzelnen Herkunftsgruppe berechnen.

Von 100 Erwerbstätigen sind geboren in

	Juden	Gesamtbevölkerung Münchens
München	14,2	39,4
übr. Südbayern	11,4	
Nordbayern	16,7	47,9
Rheinpfalz	1,6	
Bayern überh.	43,9	87,3
übr. Süddtschl.	8,7	7,6
Norddeutschland	17,6	
Deutschl. überh.	70,2	94,9
Ausland	29,5	5,1
dav. Österreich	29,5	
Ungarn	2,7	
Rußland	7,8	
Rumänien	0,7	
übr. Ausland	1,9	
unbekannt	0,3	
	100.	100.

Die erwerbstätige jüdische Bevölkerung ist also heterogen. Die Fremdbürtigkeit überwiegt das autochthone Element. Von 100 erwerbstätigen Juden sind nur 14 in München geboren. Die Einwanderung verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf das übrige Bayern (30%), das Deutsche Reich ohne Bayern (26%) und das Ausland (30%). Von den Ausländern wiederum stammt etwa die Hälfte aus Österreich, ein Viertel aus Rußland. Was die Einwanderung aus dem „übrigen Bayern" betrifft, so sind jüdische Auswanderungsgebiete die Regierungsbezirke Schwaben u. Neuburg (Südbayern), Mittel-, Unter- und zum Teil Oberfranken (sämtliche in Nordbayern). Die Rheinprovinz hat zwar eine ziemlich erhebliche jüdische Bevölkerung, dieselbe gravitiert aber mehr nach den rheinisch-mainischen Großstädten (Frankfurt a. M.).

Die Herkunft der jüdischen erwerbstätigen Bevölkerung Münchens ist durchaus abweichend von derjenigen der nichtjüdischen Bevölkerung. Von der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung Münchens sind vier Zehntel in München geboren und nur 5% im Ausland (gegen beinahe ein Drittel bei den Juden). Auch die erwerbstätige Gesamtbevölkerung Münchens ist also heterogen, wie die der meisten modernen Großstädte, aber doch nicht in dem Maße, wie die jüdische Bevölkerung, und die Einwanderungsgebiete sind andere. Die Ausländer spielen unter der Gesamtbevölkerung Münchens keine so große Rolle wie unter der jüdischen Bevölkerung, und auch die Einwanderung aus dem übrigen Deutschland (bei den Juden kommt hierbei hauptsächlich Norddeutschland in Betracht) ist bei der Gesamtbevölkerung nicht so groß wie bei den Juden. An dieser Stelle dürfte es auch am Platze sein, auf die Bedeutung Norddeutschlands, namentlich der östlichen Provinzen bis nach Berlin als „Einfalltor" aus Polen hinzuweisen.

Wie die obenstehende Tabelle zeigt, kommen die aus Bayern stammenden Juden und die aus Deutschland ohne Bayern stammenden Juden zu einem Drittel vom Land und zu zwei Dritteln aus Städten. Dies kommt daher, daß die Juden überhaupt mehr eine städtische Bevölkerung sind; die Wanderungen bestehen daher bei ihnen mehr aus solchen von der Kleinstadt in die Großstadt als vom Lande in die Stadt.

III. Beruf und Berufsstellung der deutschen Juden in München.

Zu einem klaren Einblick in die Berufsverhältnisse gehört eine Berechnung der prozentualen Vertretung der Berufe, zunächst nach Berufsabteilungen.

Von je 100 in... Geborenen treffen auf die Berufsabteilung:

	München	übr. Südb.	Nordbayern	Rheinpfalz	Bayern überh.	übr. Süddtschl.	Norddtschl.
A.[1])	—	0,4	0,3	—	0,2	—	—
B.[2])	14,1	9,7	12,6	7,6	12,1	11,0	10,0
C.[3])	53,1	45,9	40,2	32,1	45,6	49,4	36,7
D.[4])	0,3	0,4	0,4	—	0,3	0,2	—
E.[5])	13,1	7,0	11,9	34,7	11,9	10,5	12,7
F.[6])	19,4	36,6	34,6	25,6	29,9	28,9	40,6
	100	100	100	100	100	100	100

Aus dieser Tabelle ergibt sich als auffallendster Unterschied unter den Herkunftsgruppen die verschiedene Besetzung der Berufsabteilung F Berufslose, die sich hauptsächlich aus Rentnern (aber auch aus Studierenden) zusammensetzt.

Bei den Münchenern sind 19,4% aller Erwerbstätigen in dieser Kategorie, bei den übrigen Süd- und bei den Nordbayern 36,6 bezw. 34,6%, bei den Bayern überhaupt außer München 30%, bei den Norddeutschen sogar 40%. Das Gegenstück hierzu ist die Erscheinung, daß bei den in München Geborenen die Beteiligung an Industrie, Handel und freien Berufen stärker ist als bei den aus dem übrigen Bayern und dem übrigen Deutschland Zugezogenen. Daraus dürfte der Schluß gezogen werden können, daß, da als Ausgangspunkt der Wanderung der bayerischen Juden nach München weniger die großen Städte (Nürnberg usw.), sondern mehr die kleineren Städte in Betracht kommen dürften, von den kleinstädtischen und ländlichen Juden die Großstadt in hohem Maße als Rentnerstadt, aber auch als Bildungsstätte aufgesucht wird.

Zu diesem Resultat kommen wir auch, wenn wir die Berufsgruppe F außer Betracht lassen und nur die übrige erwerbstätige, also nur der eigentlich erwerbstätige jüdische Bevölkerung der einzelnen Gebürtigkeitsgruppen (in etwas ande-

[1]) Landwirtschaft. [2]) Industrie einschl. Bergbau. [3]) Handel und Verkehr. [4]) Häusl. Dienste, Lohnarbeit realer Art. [5]) Öffentlicher Dienst, freie Berufe. [6]) Berufslose.

rer Zusammenfassung) nach Berufsabteilungen gliedern und den Prozentanteil derselben berechnen.

	München absol.	München relativ	Bayern absol.	Bayern relativ	Deutschland absol	Deutschland relativ
A	—	—	4	0,1	4	0,1
B	95	17,7	252	17,7	380	17,0
C	356	65,9	945	65,1	1452	65,0
D	2	0,1	7	0,2	8	0,2
E	88	16,3	247	17,1	396	17.7
Summe	541	100,0	1455	100,0	2240	100,0

Wir finden eine auffallende Homogenität der Gebürtigkeitsgruppen nach Berufsabteilungen. Es sind offenbar — dies gilt aber nur für die deutschen Juden — weniger in der Herkunft der jüdischen Bevölkerung liegende, als lokale Gründe (besonders die Eigenschaft Münchens als geistiges Zentrum), das die berufliche Gliederung der Juden bestimmt. Also nicht das Milieu des Herkunftsgebietes, sondern dasjenige des Einwanderungsgebietes ist maßgebend.

Macht sich vielleicht bei der sozialen Schichtung ein Unterschied zwischen den in München Geborenen und den aus dem übrigen Deutschland eingewanderten Juden bemerkbar? Folgende Tabelle gibt uns hierüber Auskunft.

Absolute Ziffern:

	München	übrig. Südb.	Nordbayern	Rheinpfalz	übrig. Süddtschl.	Norddtschl.
a) Selbständige	406	414	600	59	309	614
b) Angestellte	130	72	100	16	62	130
c) Arbeiter	135	52	88	3	38	88
	671	538	788	78	409	832

in Prozenten:

	München	übrig. Südb.	Nordbayern	Rheinpfalz	übrig. Süddtschl.	Norddtschl.
a) Selbständige	60,5	77,0	76,05	75,6	75,7	73,8
b) Angestellte	19,3	13,35	12,07	20,0	15,0	15,6
c) Arbeiter	20,2	9,65	11.27	3,9	9,3	10,6
	100	100	100	100	100	100

Die soziale Schichtung ist hiernach bei den in München geborenen Juden anders als bei den eingewanderten deutschen Juden. Bei diesen ist der Prozentanteil der Selbständigen, bei jenen der Prozentanteil der Angestellten und besonders der Arbeiter größer.

Vor allem mag der geringere Anteil der Selbständigen bei den in München Geborenen durch die geringere Relativzahl der Berufslosen (s. o.), veranlaßt sin. Betrachten wir nämlich die Berufsabteilungen gesondert, so finden wir nur im Handel eine verschiedene soziale Schichtung der Gebürtigkeitsgruppen, während bei den übrigen Berufsabteilungen die Schichtung ähnlich ist. So machen bei den in München Geborenen die im Handel Selbständig Erwerbstätigen 22% der Erwerbtätigen aus, bei den im übrigen Südbayern (hauptsächlich Kreis Schwaben) und in Nordbayern Geborenen dagegen 29% bezw. 24%[4]) Bei diesen meist von kleineren Städten und ländlichen Großgemeinden eingewanderten Juden ist eben das selbständige Geschäft Tradition.

[4]) Absolute Ziffern:

Ca. in München geboren	145
„ im übrigen Südbayern geb.	159
„ in Nordbayern geb.	188
„ in der Rheinpfalz geb.	12
„ im übr. Süddeutschl. geb.	127
„ in Norddeutschland geb.	148
Ca. in Deutschland geb.	779

Es ist also vor allem die eingeborene Münchener Bevölkerung diejenige, bei der die neuzeitliche Tendenz der Abkehr von der Selbständigenkategorie zum Ausdruck kommt. Ob hierzu eine verschiedene Altersschichtung (Zuzug vom Lande und aus den kleineren Städten bei den Juden hauptsächlich im vorgeschrittenen Alter), das verschiedene Maß der Frauenerwerbstätigkeit u. dgl. beitragen, kann hier unbeantwortet bleiben.

Welt-Echo

Schulbeginn in Bayern. Auf Veranlassung des Distrikts-Rabbiners Bamberger in Würzburg erging nachfolgende Ministerial-Entschließung an die Rektorate der sämtlichen höheren Lehranstalten, einschließlich der städtischen höheren Handelsschulen und der militärberechtigten Privatanstalten in Bayern: „Das Schuljahr 1917/18 beginnt gemäß § 11, Abschnitt I der Schulordnung für die höheren Lehranstalten am Dienstag, den 19. September. Da am 17. und 18. September das israelitische Neujahrsfest gefeiert wird, ist auswärtigen israelitischen Schülern, die nicht dem Schulorte so nahe wohnen, daß sie am 19. September l. J. bei Benutzung der Bahn noch zum Vormittagsunterrichte rechtzeitig eintreffen können, auf Ansuchen zu gestatten, daß sie erst am 20. September beim Unterricht erscheinen".

Die Meyrink-Hetze. Der Schutz-Verband Deutscher Schriftsteller sendet den Zeitungen mit der Bitte um Veröffentlichung folgenden Protest:

Gegen den in Starnberg lebenden Dichter Gustav Meyrink richten seit Wochen gewisse Blätter heftige Schmähungen, die auf seine vor 12 Jahren erschienenen satirischen Novellen zurückgreifend den Anschein zu erwecken suchen, als sei Gustav Meyrink ein Schädling der deutschen Literatur, als habe er „die deutschen Frauen teuflisch verhöhnt" und „Modergestank" um sich verbreitet. Dabei scheint die regelmäßig wiederkehrende Behauptung, Meyrink sei Jude — er ist weder Jude noch stammt er von Juden ab — zugleich eine Art antisemitischer Hetze gegen ihn in die Wege leiten zu wollen.

Die Unterzeichneten, die Gustav Meyrink als Menschen von lauterster, vornehmster Gesinnung kennen und als einen unserer hervorragendsten Erzähler hochschätzen, legen gegen jene niedrigen

persönlichen Angriffe Verwahrung ein und betonen, daß sie in seinen Werken niemals irgendwelche Verunglimpfungen sondern nur die jedem Dichter freistehende Satire gegen lächerliche oder unerfreuliche Erscheinungen der Zeit gefunden haben.

Univ.-Prof. Dr. v. Aster und Frau. K. Botschafter Graf Bernstorff. Frau Pastor F. Külpe. Univ.-Prof. Dr. Artur Kutscher. Heinrich Mann. Dr. Kurt Martens. Frau Adele v. Moser. Hermann Frhr. v. Riese-Stallburg. Tilla Freifrau v. Roeder-Diesburg. Dr. med. Frhr. A. v. Schrenk-Notzing. Prof. Dr. H. Uhde-Bernays. Frank Wedekind. Felix Edler v. Weingartner.

Die Sache hat für uns insofern Interesse als sie einen neuen Beweis für das Übergreifen des Antisemitismus auf künstlerisches Gebiet liefert.

Eine Umfrage. Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Konferenz der russischen Zionisten den Beschluß gefaßt hat, jeden einzelnen Juden zu befragen, wie er sich zur Frage einer jüdischen Heimstätte in Palästina stellt. Eine ähnliche Umfrage ist in polnischen Städten veranstaltet worden.

Ein jüdischer Soldatenrat. In Moskau wurde ein „Verein der jüdischen Soldaten der Moskauer Garnison" gegründet, der am 3. Juni eine Versammlung hielt, um über die Schaffung eines Rates der jüdischen Soldaten im russischen zu beraten. Da festgestellt wurde, daß der jüdische Soldat besondere Bedürfnisse hat, die vom allgemeinen Soldaten- und Arbeiter-Rat nicht befriedigt werden können (besonders Abwehr des Antisemitismus im Heere und auf kulturellem Gebiet), wurde der Antrag nach heftiger Debatte angenommen.

Autonomie in Rußland. Aus Stockholm wird berichtet, daß der Kongreß der Arbeiter und Soldaten für die nationale Autonomie der Völker Rußlands eintritt, ihre Durchführung jedoch der Konstituante vorbehält. Die nationalen Minderheiten sollen vor Unterdrückung beschützt werden. Das Russische soll Staats- und Rechtssprache sein, aber die Gerichtshöfe müssen die Volkssprachen verstehen. Auf Vorschlag des Bundisten Lieber wurde beschlossen, diese Prinzipien auch auf die Juden anzuwenden.

Die Judenfrage auf der Stockholmer Konferenz. Am 26. Juli fand in Stockholm eine Konferenz des gemeinsamen Komitees des holländisch-skandinavischen Auschusses und des Petersburger Arbeiterrates mit den fünf Abgesandten des poalezionistischen Verbandes statt.

Jüdische Gemeindepflichten in Polen. Die jüdische Gemeindeverwaltung in Warschau hat eine Denkschrift abgefaßt, in der sie ausführt, daß die jüdischen Gemeinden nicht verpflichtet seien, für die Heilung der Juden in den allgemeinen städtischen Spitälern aus ihren Mitteln zu bezahlen, wie die polnischen Magistrate, gestützt auf ein altes zarisches Gesetz, verlangen.

Der Zionismus in England. Am 20. Mai fand in London eine Konferenz der englischen Zionisten statt, an der Delegierte aus England, Irland, Schottland und Wales teilnahmen. Der Vorsitzende. Prof. Dr. Weitzmann, wies auf die Sympathien hin, welche der Gedanke des Zionismus bei den Regierungen findet, und erklärte er sei ermächtigt mitzuteilen, daß auf Grund dieser Sympathien im gegebenen Zeitpunkt eine Unterstützung der zionistischen Bestrebungen erfolgen werde. Ferner hätten die höchsten katholischen Kreise erklärt, daß sie der Schaffung einer jüdischnationalen Heimstätte in Palästina sympathisch gegenüberstehen. Herr Boris Goldberg teilte mit, daß die provisorische russische Regierung erlaubt habe, an Hilfsgeldern 300 000 Rubel für die palästinensischen Juden zu überweisen.

Der Pogrom in Leeds. Aus London wird berichtet, daß der Minister des Innern durch das Parlamentsmitglied J. King befragt wurde, ob er einen vollständigen Bericht über die antisemitischen Ausschreitungen in Leeds empfangen habe und eine Erklärung abgeben werde, wer an den Unruhen schuldig, wie groß der Schaden und die Zahl der Verwundeten sei. Sir George erwiderte, daß er einen Bericht mit allen verlangten Einzelheiten erhalten habe. Er erachte es indes für unnötig, ihn zu publizieren oder eine Erklärung abzugeben. Die Unruhen seien durch die Polizei unterdrückt worden und der Polizeichef erwarte nicht, daß sie wiederholt würden.

Der Universität Cambridge hinterließ vor einigen Monaten eine Dame die Summe von L 1000.— als Stipendium für Studierende der arabischen Sprache. Nach der ausdrücklichen Bestimmung der Erblasserin sollten von dieser Spende Juden ausgeschlossen sein, selbst wenn ihre Leistungen sie dazu berechtigten. Infolge dieser Bestimmung lehnte die Universität die Annahme der Spende ab. Damit der Universität aber der ausgesetzte Betrag nicht verloren gehen solle, setzte sich die Redaktion des „Jewish Chronicle" für die Sammlung einer Summe in gleicher Höhe ein. E ist ihr nunmehr gelungen, dem Vizerektor der Universität einen Scheck über L 1000.— zur Errichtung eines Stipendiums für Leistungen im Arabischen zu übersenden.

Palästinahilfe in England. Mit Genehmigung der britischen Regierung ist in England eine große Palästina-Hilfs-Aktion eingeleitet worden. Die Sammlung, die unter der Leitung des „Londoner Zentral-Komitees" veranstaltet wird, hat bisher den Betrag von 500 000 Franken ergeben. In allen jüdischen und englischen Zeitungen werden vom Hilfskomitee Aufrufe an die Juden Englands erlassen, die gemeinschaftlich von Hermann Landau, dem Präsidenten des Zentral-Komitees, Dr. Ch. Weizmann, als Vorsitzenden des Palästina-Hilfs-Komitees, und Ernest Main, als Schatzmeister des Zentral-Komitees gezeichnet sind. Die erste größere Rate ist bereits nach Palästina überwiesen worden.

Eine amerikanische Kommission. Aus New York wird berichtet, daß das States Department eine besondere Kommission eingesetzt hat, welche nach Europa entsandt wurde, um die Ansichten der europäischen Regierungen zur Frage der Zukunft Palästinas und damit im Zusammenhang zu den jüdischen Forderungen festzustellen. Dieser Sonderkommission gehören die Herren Henry Morgenthau, Lewin-Epstein und Professor Felix Frankfurter (von der Havard-Universität) an. Die Kommission ist inzwischen in Europa eingetroffen.

Die jüdischen Frauen Amerikas. Der Wunsch der jüdischen Frauen Amerikas, aktiven Teil am amerikanisch-jüdischen Kongreß zu nehmen, fand seinen Ausdruck in der Nominierung von 16 Frauen unter den Delegierten von Groß-New York.

Die Zahl der weiblichen Delegierten wird jedoch zweifellos erheblich größer sein; denn es kommen die Delegierten aus anderen Städten und die Vertreterinnen der nationalen Frauen-Organisationen hinzu. Mehr als 200 000 jüdische Frauen Amerikas, die bisher keiner jüdischen Organisation angeschlosssen waren, haben sich in die „Frauen-Organisation für den amerikanisch-jüdischen Kongreß" eintragen lassen. Die Tätigkeit dieser Organisation beschränkt sich nicht auf New York; in 103 Städten sind Zweigvereine gegründet worden. Eine aktive Propaganda wird geleistet, Literatur wird verbreitet, Vorträge und Volksversammlungen werden veranstaltet, eine Preß-Kampagne wurde unternommen.

Grusinische Juden. Die bekannte Gesellschaft der Freunde der hebräischen Sprache, die ihren Namen nunmehr in „Tarbuth" (Kultur) verwandelt hat, hat in Moskau ihre erste Volksversammlung mit einem interessanten Bericht über die grusinischen Juden abgehalten. Der Referent, der Rabbiner Baasow aus Oni, Grusien, sprach in einem fließenden, schönen Hebräisch, das den Beifall des Publikums in hohem Maße gefunden hat. Der Referent schilderte ausführlich die Geschichte der Juden in Grusien, die nach den Landes-Überlieferungen nach der Zerstörung des Tempels in das Land einwanderten und durch Jahrhunderte hindurch sehr lebhafte Beziehungen mit Palästina und Babylonien unterhielten. Im Mittelalter sind dank der Judenmission, die von einem getauften jüdischen Mädchen, die heilige Nina, eingeleitet wurde, 50 000 Juden zum Christentum übergetreten. Allmählich sind die Juden in Grusien zu Sklaven der Landesfürsten verwandelt worden. Trotz aller Verfolgungen ist der größte Teil der Juden ihrem Glauben treu geblieben und treu ihrer nie verlöschenden Anhänglichkeit für Palästina. Gegenwärtig sei die Zahl der Juden in Grusien auf 50—60 000 zu schätzen, die in verschiedenen Orten des Kaukasus wohnen. Bedauerlicherweise ist die Zahl der jüdischen Analphabeten unter ihnen sehr groß. Der Referent appellierte an das befreite russische Judentum, das Schicksal der entfernten Brüder in ihre Hand zu nehmen, um die grusinischen Juden einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

Hebräische Schauspielkunst. Die vor etwa einem Jahre in Moskau errichete Schule für hebräische Schauspielkunst „Habimah" hat Anfang Juni ihre ersten Absolventen entlassen. Im ganzen sind 12 Schüler als dramatische Schauspieler entlassen worden, unter ihnen einige, die auf der russischen und polnischen Bühne bereits einen Namen haben.

Schulwesen in Lublin. Auf eine Anfrage des k. und k. Generalgouvernements in Lublin, wie sich der Staatsrat die Ausgestaltung des Schulwesens für die jüdische Bevölkerung denke, wurden in der letzten Sitzung folgende Beschlüsse angenommen:

1. Für jüdische Kinder werden, wenn eine genügende Anzahl von Anträgen seitens der Eltern gestellt wird, besondere Klassen mit Einhaltung der Sabbathfeier eröffnet. Der Sonntag soll für den Religionsunterricht bestimmt sein. 2. Cheder, Talmudthora und andere konfessionelle Schulen werden als Privatschulen angesehen, wenn obligatorischer Unterricht im Polnischen und die polnische Unterrichtssprache für Elementarfächer eingeführt, und wenn diese Schulen der allgemeinen Schulaufsicht unterstellt werden. 3. Die Abteilung für Kultus und Unterricht beim Vorläufigen Staatsrat hat demnächst Maßnahmen zur Ausblidung der jüdischen Religionsschullehrer zu treffen.

Literarisches Echo

Kaiserworte ausgewählt von Dr. Friedrich Everling, verlegt bei Trowitsch & Sohn, Berlin. Geb. Mark 2.50.

Hebräisch-wissenschaftlich-literarische Monatsschrift. Anfangs September erscheint im jüdischen Buch- und Kunstverlag Max Hickl, Wien VIII., Lerchengasse 6 a, eine hebräisch-wissenschaftlich-literarische Monatsschrift. — Schriftsteller und Interessenten werden gebeten ihre Adresse Herrn Redakteur Max Hickl, Wien VIII., Lerchengasse 6a mitzuteilen.

Feuilleton

Über die ehemalige Judengemeinde in Nürnberg.

Von Lor. Fried. Richter, Gymnasialprofessor zu Erlangen.

In Bezug auf die erste Erscheinung der Juden in Nürnberg weisen wir die Behauptungen derer zurück, welche sie die Stadt an den belagernden Kaiser Heinrich V. im Jahre 1105 verraten lassen, da ja dies Städtchen auf Heinrichs IV. ausdrücklichen Willen an dessen Sohn durch Vertrag überging. Folglich wurde es auch damals nicht verbrannt, noch die Einwohnerschaft teils niedergehauen, teils versprengt, noch den allein zurückgebliebenen Juden dadurch Gelegenheit gegeben, die Stadt für sich wieder aufzubauen und mit uneingeschränkter Freiheit die schönsten und gelegensten Plätze sich selbst zur Synagoge und zu Wohnungen anzueignen. Diese aus der Luft gegriffene Beschuldigung der ältesten Chronisten Nürnbergs bezeichnet uns bloß die feindselige Stimmung der damaligen christlichen Bevölkerung der Stadt über den schneller wachsenden Wohlstand der Juden, die sie doch nach ihren fanatischen Ansichten als unter dem Fluch begriffen jedes äußeren Glückes für unwert hielt. Hiebei kam jenen Chronisten bei ihrer willkürlichen Annahme eines sehr hohen Altertums der Stadt, z. B. ihrer Erbauung durch Drusus Nero usw. auch der Umstand zu statten, daß sie die fehlenden schriftlichen Urkunden aus den Zeiten vor Christi Geburt glücklich konnten in Rauch aufgehen lassen, so daß die beiden steinernen, der Nerosturm und Dianentempel, als stumme Zeugen allein übrig blieben.

Man muß daher richtiger als Zeit der Ansiedlung der Juden in Nürnberg die beiden großen ersten

Judenverfolgungen in Deutschland von 1096 bis 1146 annehmen. Wie gräßlich der Schwarm von Fanatikern, der sich für den ersten Kreuzzug unter dem Priester Gottschalk von Emicho von Leiningen gesammelt hatte, gegen die Juden am Rhein bis zur Donau mit Raub und Mord wütete, wie die Juden selbst in Verzweiflung in Mainz und an vielen anderen Orten tausendweise erst ihre Frauen und Kinder, dann sich selbst gegenseitig erwürgten, um jenen Greuelmenschen zu entgehen, ist weltbekannt. Weniger Zeugnisse liefern uns die meist mönchischen Chronisten über die auch durch ihre Langwierigkeit weit schrecklichere zweite Hauptverfolgung kurz vor dem zweiten großen Kreuzzug (1147 bis 1149), wahrscheinlich aus einigem Schamgefühl über die aus den von ihnen als heilig gepredigten Kreuzzüge täglich schauderhafter entwickelte Entmenschung der deutschen Christenheit. Diese Verfolgung tobte am fürchterlichsten am ganzen Rheinstrom und schien die letzten Spuren dieser Unglücklichen vertilgen zu müssen. Selbst der sogen. heilige Bernhard, Abt zu Clairvaux, dessen Ruf der Heiligkeit Papst Eugen III. vornehmlich zur Aufreizung der deutschen Völkerschaften zu dem zweiten Kreuzzug benützte, tadelte in einem offenem Brief das grenzenlose Übermaß der Grausamkeit dieser Judenverfolgung. Nun ist es an sich nicht widersprechend, anzunehmen, daß schon bei der ersten Verfolgung Hunderte der furchtsamern und durch bürgerliche Bande weniger gebundenen Juden bis an die entgegengesetzten waldreichen östlichen Grenzen Deutschlands flohen. Sehr leicht konnte auf diesem Weg Kaiser Heinrich IV. manchem seiner treuen Kammerknechte und einträglichsten Steuerzahler sein eigentümliches kleines Nürnberg (oppidium gentilicium. Aventin.) als Zufluchtsort öffnen. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß die sonst so geduldigen Rheinjuden ihre vielhundertjährigen gesegneten Wohnstätten sogleich nach der ersten Hauptverfolgung für eine damals so wüste Gegend sollten aufgegeben und nicht vielmehr von einem wirksameren Schutz des Kaisers und der Reichsfürsten (welche letztere die Kaiser durch Verleihung des Hoheitsrechtes, Juden zu halten, zur kräftigsten Mitbeschützung derselben berufen hatten) größere Sicherheit ihres Lebens und Eigentums für die Zukunft erwartet haben. Und wirklich finden wir bei der zweiten Hauptverfolgung nach 40 Jahren die Juden schon wieder so zahlreich am Rhein und in dessen Nachbarschaft, daß wir bei der ersten Hinmetzelung so vieler Tausende kaum irgend eine Zerstreuung ihrer Überbleibsel in entfernte Gegenden annehmen können. Auch wäre schwerlich eine ehemals schon in Nürnberg ansässige Judengemeinde von dieser zweiten Verfolgung unberührt geblieben. Dies bestätigt Otto von Freisingen, als Zeitgenosse ein glaubwürdiger Zeuge, wenn er von dieser zweiten Verfolgung sagt: „unde factum est, ut non pauci ex ipsis (Judaeis) ejus modi immanitatem fugientes in oppido, quod Noricum seu Norenberg appellatur, ad conservandam vitam se reciperent." Auch konnten sie kaum irgendwo einen sicherern Wohnsitz in dem gegen sie aufgeregten Deutschland finden, als eben damals in Nürnberg unter des großen Staufen Konrad III. Regierung. Das fränkische Städtlein Nürnberg war nämlich durch Heinrichs V. Tod Erbeigentum seiner Schwestersöhne, der Staufen Friedrich und Konrad, geworden. Denn daß Nürnberg von 1125 an mit sehr kurzer Unterbrechung unter Lothar II. bis zu Konradins Tod im Jahre 1269 keine Landstadt der Hohenstaufen war und nicht erst im großen Interregnum, wie die meisten anderen Reichsstände, sich ihre Reichsunmittelbarkeit erwarb, könnte in unseren Tagen nur noch ein in seiner Vaterstadt vermeintes Altertum närrisch verliebter Nürnberger behaupten, welcher sich absichtlich den deutlichsten Aussagen der Geschichte verschlösse. Dieses heitern Erbes machten sich die beiden Staufen bald darauf in dem Thronfolgekrieg gegen Lothar III. und dessen übermächtigen Schwiegersohn, den Herzog von Bayern und Sachsen Heinrich den Stolzen, durch heldenwürdige Verteidigung würdig, wodurch ihnen Burg und Stadt unendlich teurer geworden sein mußten. Hier brachte Konrad III. einen großen Teil seiner Regierungszeit (1138—1152) zu und erweiterte und verschönerte den Ort nach dem Wunsch seiner Gemahlin Gertraud durch die Stiftung der St. Ägidienabtei mit der ältesten Pfarrkirche Nürnbergs im Jahre 1140. Von diesen mächtigen Kaiser als ihrem obersten Schutzherrn und zugleich als Eigenherrn der Stadt konnten sich daher die Hebräer auch für die Folgezeit eine ungekränkte Sicherheit versprechen.

Dieses günstige Verhältnis dauerte unter der ganzen Regierungszeit Friedrichs I. (1152—1910) fort, welcher auch, wie sein Oheim Konrad III. durch häufigen Aufenthalt und eine Menge daselbst gehaltener Reichstage die Blüte der jungen Stadt ausnehmend mehrte. Um dieselbe Zeit begannen die von Oberitalien (Venedig, Pisa, Genua) aus nach dem Norden versendeten Erzeugnisse des Morgenlandes ihren Weg über Augsburg nach Regensburg zu nehmen. Was war natürlicher, als daß die bereits aus früherer Zeit an Handel im Großen gewöhnten jüdischen Ansiedler mit ihrer bekannten unermüdlichen Tätigkeit einen sehr bedeutenden Teil dieses Handels nach Nürnberg zogen und durch ihr Beispiel auch die wohlhabenden christlichen Einwohner zu gleichen Unternehmungen ermunterten? Durch die sich aus wachsendem Handelsgewinn anhäufenden Kapitalien erhielt der Unternehmungsgeist der zu mechanischen Künsten wie geborenen Nürnberger neue Flügel, und zahlreiche Räderwerke an der die Stadt durchströmenden Pegnitz hoben in kurzer Zeit die Fabriken und Manufakturen mächtig empor. Von gleich glücklichem Einfluß auf diese Tätigkeit im Handel und in den Gewerben war auch die Regierung der fünf übrigen Staufen Heinrich VI. (1190—1197), Philipps (1198 bis 1208), Friedrichs II. (1215—1250), Konrads IV. (1250—1252) und Konradins (1254—1269), und obgleich der letzte nicht zur Kaiserwürde gelangte. Da die Juden bei ihren vielfachen Verbindungen durch ganz Europa und ihrem bekannten Wandergeist stets am ersten wußten, welche Handelsartikel für dieses oder jenes Land Bedürfnis wären, so nützten sie auch meisterhaft diese günstigen Umstände, und der Reiz der Neuheit vieler von den Nürnbergern selbst erfundenen Kunstwerkzeuge und Kunststücke sicherte diesen oft lange Zeit den allgemeinsten Begehr und die lohnendsten Preise. Kurz diese Juden führten durch die Macht des Reichtums und des unverdrossenen Fleißes zuerst in Nürnberg in jeder Beziehung das lebende Schauspiel auf, das ihre späten Enkel gegenwärtig in Fürth wiederholen. Und ebenso, wie diese nahrungsreiche Erwerbstätigkeit Fürths, durch den Handel geweckt, dessen Vorstände jetzt in den Stand setzt, die Stadt durch die großartigsten Gebäude zu verherrlichen, und zum Gegenstand der Bewunderung der Mit-

welt und Nachwelt zu machen, ebenso wie hier ganze Gassen der schönsten und zweckmäßigsten Bürgerhäuser Schlag auf Schlag, wie durch Zauberei, entstehen und Fürth zu einer der reizendsten Städte Deutschlands machen, ebenso wohltätig, sage ich, wirkte auch der damalige schwunghafte Handelsgeist Nürnbergs auf dessen Stadteinkünfte und zauberte die majestätischen Tempel und Gemeindebauten hervor, welche fortwährend ein Gegenstand der Verehrung ihrer Betrachter sind und ihr zahllose Gäste aus allen Gauen Deutschlands zuführen. Wohl wurde die Fronte des herrlichen Rathauses erst 1616—1619 ausgebaut; aber was man an diesem Prachtwerk noch zu tun übrig ließ, zeugt stärker als alles, von der Ohnmacht des späteren Nürnbergs für solche Unternehmungen.

Aber mit der Zeit der Hohenstaufen scheint auch die goldene Zeit der Juden in Nürnberg abgelaufen zu sein. Konradin machte vor seiner Abreise auf das Schaffot Neapels (1269) die testamentarische Verfügung, daß seine Oheime, die Herzoge von Bayern Ludwig und Heinrich, sein Nürnberg (sowie Nördingen) gemeinschaftlich besitzen sollten, wahrscheinlich, weil jeder es allein haben und Konradin keinen von beiden durch Zurücksetzung kränken wollte. Dies gab nach dessen Tod zu Wirren Anlaß, während welcher es dem Nürnberger Rat gelang, den Kaiser Rudolf I. zu bewegen, den beiden herzoglichen Brüdern die Bestätigung dieses Teiles des Konradinischen Testaments zu versagen und Nürnberg zu einer freien Reichsstadt zu erheben. Von nun an trat an die Stelle der milden Staufen der den Juden abholde Rat der Stadt und versäumte keine Gelegenheit, ihnen das Leben schwer zu machen. Mit Gleichgültigkeit sah er 1298 dem Mordfest des Ungeheuers Rindfleisch und seiner Würgerbanden zu, wofür die Stadt Nürnberg später als Mitschuldige (consentientibus civibus) an so vielem Blut dem Kaiser Albrecht I. eine große Geldstrafe erlegen mußte. Die Geflüchteten wurden zwar unverzüglich zurückgerufen, waren aber nicht einmal 1333 noch sämtlich nach Nürnberg zurückgekehrt.[1])

Daß freilich die damaligen Nürnberger Juden selbst in zu großem Vertrauen auf ihre bürgerliche Sicherheit ihren im Handel gewonnenen Wohlstand, wie jetzt die Fürther, auch auf Erbauung schöner Wohnhäuser verwendeten und hierin mit dem Adel und dem übrigen Teil der wohlhabenden christlichen Bevölkerung wetteiferten, daß sie sich in den offensten und gelegensten Gassen der Stadt, wie natürlich, am liebsten anbauten, das war bald in den Augen der gesamten christlichen Einwohner, zumal des Rats, ein unerträglicher Hochmut, zu dessen Dämpfung Kaiser und Reich in Anspruch genommen werden mußten.

Siebzehn Jahre nach der berührten dritten Hauptverfolgung gewann der Rat zu Nürnberg Ludwig dem Bayer den Befehl ab, daß die Juden alle Kellerhälse an ihren Häusern, worauf meist

[1]) Ich vermute daher, daß sich schon damals (nicht erst 1348, wie Wagenseil will) Tausende von deutschen Judenfamilien zum Schutz vor Ermordung in die Böhmischen Bergwälder flüchteten, aus welchen sie sich um die Zeit der Hussitischen Unruhen als Zigeuner (Ziehgauner, Bohemiens) wieder hervorwagten. Ihr Judentum, das ihre aus Deutsch und Hebräisch gemischte Sprache verriet, suchten sie durch Lüge ihrer ägyptischen Herkunft zu verstecken.

Bekanntmachung.

Von der Zwiebackverteilung an Krankenhäuser und Lazarette ist eine verhältnismäßig geringe Menge übriggeblieben. Dieselbe soll im Einvernehmen mit der Reichsgetreidestelle bei schweren Erkrankungen der Stoffwechselorgane (Magen-, Darm-, Nieren-, Leber- und Gallensteinleiden) in Mengen von 1—2 Pfund an Privatpersonen abgegeben werden.

Herzu ist erforderlich:

1. Eine ärztliche Krankheitsbescheinigung.

2. Die ausdrückliche Versicherung des Kranken, daß er nichtrituellen Zwieback aus religiösen Gründen nicht genießt.

Anträge sind bis längstens 15. August hierher einzureichen.

Berlin W. 8, den 30. Juli 1917.
Friedrichstr. 167/168.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.

Freirich. Blank.

freundliche Hausgärtchen standen, die sie jährlich im Herbst zu Laubhütten benützten, als straßenverengend abbrechen mußten, und zwar ohne die geringste Vergütung der Kosten der neuen Einrichtung.

Ferner benützte der Rat zu Nürnbrg die den Juden äußerst ungünstige Zeit, wo man sie sämtlich als Ursächer des 1347—1350 auf dem ganzen Erdkreis wütenden schwarzen Todes durch Brunnenvergiftung anklagte, und an vielen Orten zu Tausenden, auch zu Nürnberg 1348 zu Hunderten schonungslos niedermetzelte oder lebendig verbrannte, dazu, den um Gunst der Reichsstädte buhlenden neuen Kaiser Karl IV. zu bewegen, daß man die sämtlichen Judenhäuser, welche die Fläche des jetzigen großen Obstmarktes bedeckten, nebst der an der Stelle der (nun katholischen) Frauenkirche gestandenen Synagoge einreißen, die Plätze zur Bildung der genannten beiden Märkte einebnen und auf dem Bauplatz der Synagoge die Marienkirche errichten durfte. Entschädigung für ihre erloschenen Steuerrechte auf die abgebrochenen Häuser erhielten vom Rat bloß der Burggraf von Nürnberg, Bischof von Bamberg und Arnold von Seckendorf zu Zenn mit 1600 Gulden, die Juden für ihr weit wichtigeres Eigentumsrecht keinen Heller.

(Schluß folgt.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Würzburg. Im Juni wurde hier eine zionistische Jugendgruppe gegründet, die jetzt 12 Mitglieder hat. Es wurde schon eine rege zionistische Tätigkeit entfaltet. Am 12. Juli hielt Herr Diplom-Handelslehrer Leppir aus Nürnberg einen Vortrag über das Thema: „Was gibt der Zionismus der jüdischen Jugend?“, der sehr gut besucht war. Nach dem Vortrag sprach Herr Ordenstein aus Nürnberg noch über das Hilfswerk. Anschließend hieran fand eine Sammlung für das Hilfswerk statt, die ca. 50 Mark ergab. — Allwöchentlich finden am Dienstag abend um 8.30 Uhr im Hotel Goldschmidt Zusammenkünfte statt, zu denen Freunde und Gönner unserer Sache herzlich eingeladen sind. Jüdische Literatur (ost- und westjüdische) Palästinaabende und Fragen über das jüdische Leben im allgemeinen und speziell den Zionismus bilden das Programm. Für das Wintersemester ist ein Geschichtskurs und ein hebrä-

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München